

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 12 (1920)

Heft: 1

Artikel: Gewerkschaftliche Neuorientierung

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-351196>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gewerkschaftliche Rundschau

für die Schweiz

Publikationsorgan des Schweiz. Gewerkschaftsbundes

Abonnement jährlich 3 Fr.
Für das Ausland Portozuschlag
Postabonnement 20 Cts. mehr

○ Druck und Administration: ○
Unionsdruckerei Bern
○○○ Kapellenstrasse 6 ○○○

INHALT:

1. Gewerkschaftliche Neuorientierung	1
2. Betriebsverfassung	3
3. Aus schweizerischen Verbänden	4
4. Gewerkschaftsbund und Arbeiterunionen	5
5. Aus Unternehmerverbänden	6

6. Kongress für Industrie und Handel	7
7. Der Internationale Gewerkschaftsbund	7
8. Genossenschaftsbewegung	7
9. Ausland	8
10. Notizen	8
11. Literatur	8

Gewerkschaftliche Neuorientierung.

Es gab eine Zeit, da gab es weder eine sozialdemokratische Partei der Schweiz noch einen Schweizerischen Gewerkschaftsbund, trotzdem das kommunistische Manifest von Karl Marx längst geschrieben war und der Kampfruf «Proletarier aller Länder, vereinigt euch» in hunderttausend Arbeiterherzen begeisterten Widerhall gefunden hatte. Die bestehenden Arbeiterbildungvereine, Grütlivereine, Unionen und Gewerkschaften lösten sich vom Bürgertum, orientierten sich nach links und suchten Anschluss bei der internationalen Arbeiterassoziation. Diese galt als die ideale Form einer Organisation. Keine Landesgrenzen, weder Verschiedenheit der Sprache noch des Temperaments sollten die Arbeiter trennen. Ob Schuster, Schneider, Bauarbeiter oder Uhrenarbeiter, alles sollte sich finden in der Internationale.

In der Tat war der Anfang vielversprechend. Es wurden Kämpfe mit Hilfe der internationalen Solidarität geführt, die gewaltige Wellen warfen. Wir erinnern nur an den Bauarbeiterstreik in Genf im Jahr 1868.

Trotzdem, nach einer kurzen Blütezeit, fiel die internationale Arbeiterassoziation den Begleiterscheinungen und den Nachwegen des Krieges 1870/71 und innern Zerwürfnissen, eifrig genährt vom linken Flügel, den «Kollektivistischen» zum Opfer.

Schon vor 50 Jahren wollten kleine Gruppen in der Arbeiterschaft der Bewegung mit Gewalt nachhelfen, ohne allerdings etwas anderes damit zu erreichen, als die Bewegung zu lähmen und zu zersplittern und die Gegner noch mehr zu stärken.

Die internationale Arbeiterassoziation wäre wohl den Sprengungsversuchen besser gewachsen gewesen, wenn sie den nationalen Eigenheiten, den besonderen Bedürfnissen der Gruppen und Berufe mehr Rechnung hätte tragen können.

Nachdem schliesslich die radikale Strömung an ihrer eigenen Unfruchtbarkeit zugrunde gegangen war, begann der Neuaufbau der Bewegung nach politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Es entwickelten sich die Berufsgewerkschaften, die sich nach und nach zu Zentralverbänden auswuchsen. Diese Entwicklung beanspruchte eine Zeit von 40 Jahren. Eine Zeit beschwerlicher Kämpfe nicht nur gegen das Unternehmertum, sondern noch mehr gegen die Indifferenz der Arbeiter. Erst in den letzten Jahren wurde das Tempo der Entwicklung ein lebhafteres; das Vertrauen in die

Organisation wuchs in den breiten Massen. Just in diesem Moment beginnt die Maulwurfsarbeit aufs neue.

Wer historische Betrachtungsweise gewöhnt ist, wird die Entwicklung der Bewegung in den letzten 40 Jahren als folgerichtig betrachten. Er mag bedauern, dass Hunderttausende von Arbeitern sich ausserhalb der Geschichte stellten, sich jahrzehntelang passiv verhielten und so das Tempo der Entwicklung hemmten. Er kann aber an dieser Tatsache nicht vorbeigehen und, weil sich das mit seinen Wünschen deckt, die Versäumnis etwa durch einen plötzlichen Sprung wettmachen oder gar den gegebenen wirtschaftlichen Tatsachen vorausseilen.

Tatsachen sind halsstarrige Dinge. Gerade in der Arbeiterbewegung ist man leicht geneigt, das zu übersehen und statt den Verstand das Gefühl sprechen zu lassen. Der Umstand, dass die Lohnknechtschaft und der Besitz als die Hauptursachen des elenden Daseins der Massen erkannt sind, genügt, jedes Kampfmittel und jede Taktik, die nicht direkt deren Beseitigung herbeiführen, als «reformistisch» oder gar als «reaktionär» zu verwerfen. Die primitivste Betrachtungsweise würde zeigen, dass eine Gesellschaftsordnung, die Jahrtausende zu ihrer Entwicklung gebraucht hat, nicht mit Hilfe von Pflastersteinen und Maschinengewehren in einigen Tagen zu beseitigen ist. Mag manchem sich der Gang der «historischen Entwicklung» zu langsam vollziehen, der Versuch, die Gewerkschaften mit Hilfe von Eisenbartkuren von ihren reformistischen Schönheitsfehlern zu befreien und dann mit deren Sturmtruppen das «morsche Gebäude des Kapitalismus» in einem Anlauf niederzurennen, ist mehr als naiv. Die angepriesenen Rezepte sind weder neu noch originell. Das zeigen doch schon unsere einleitenden Betrachtungen.

Unsere Gewalttheoretiker verweisen auf Russland. Doch hat Russland bisher den Beweis nicht erbracht, dass dort der Kapitalismus überwunden ist; vor allem erfordert dort der Kampf so unverhältnismässig harte Opfer, dass man sich fragen darf, ob weniger in diesem Fall nicht mehr gewesen wäre. Die neuesten Berichte aus Russland zeigen unverkennbar, dass in vieler Beziehung die Hefte nach rückwärts revidiert werden, weil eben die Entwicklung keine Sprünge macht. Es ist sogar sehr zu fürchten, dass die Reaktion wieder hochkommt und die Keime einer neuen Gesellschaft im Blut erstickt.

Die Ereignisse in Finnland und Ungarn zeigen jedenfalls, dass es mit dem guten Willen, ein System in einem günstig scheinenden Moment zu ändern, nicht

getan ist, sondern dass ein bestimmter Reifegrad der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse die Vorbereitung für das dauernde Gelingen einer solchen Operation ist.

In den Kreisen der «links» Orientierten sucht man nach einer Form der Organisation, die eine Abkehr von den bisherigen Methoden garantiert. Man glaubt sie gefunden zu haben in der «Föderation der Unionen». Einerseits wäre diese Föderation ein Gegengewicht gegen den «Verhandlungsgeist», die «Vertragspolitik» und die blosse «Lohnbewegungspolitik» der Gewerkschaften, andererseits ein Gegengewicht gegen den «korrumpierenden Einfluss» des Parlamentarismus in der Partei. Diese Föderation wäre so quasi die Zentralsonne, um die sich Partei und Gewerkschaftsbund als Planeten oder Trabanten zu bewegen hätten. Der Gewerkschaftsbund soll seine Unabhängigkeit behalten, verspricht man, während man genau weiß, dass es sich um einen prinzipiellen Kampf handelt, bei dem ein Teil den kürzeren ziehen muss. Dass, was angestrebt wird, eine dritte Organisation neben den bestehenden, ein Nonsense ist, eine abstruse Phantasie, auf die man nicht einmal in Russland verfallen ist, zeigt ein Ausspruch Zinowjews, der kürzlich in der Parteipresse zu lesen war: «Es ist nutzlos, sich heute schon darüber den Kopf zu zerbrechen, welche der gegenwärtigen Formen (der Organisation) sich als die dauerhafteste erweisen wird. Im gegenwärtigen Zeitpunkt besteht unsere Aufgabe vielmehr darin, die genauen gegenseitigen Beziehungen festzusetzen, die zwischen Partei, Gewerkschaften und Soviets bestehen sollen.»

Der Streit um die Organisationsform, der jetzt in unsere Reihen getragen wird, ist das Unglücklichste, was die Bewegung treffen kann. Jetzt hätten wir wahrhaftig unsere Kräfte anders zu gebrauchen, als uns gegenseitig zu beweisen, welches die beste Form der Organisation ist, dieweil der Gegner einen günstigen Moment erspäht, um in unsere Reihen einzubrechen.

Die Nationalratswahlen haben eine bürgerliche Mehrheit ergeben, an der es nichts zu deuteln gibt. Sich einzubilden, dass diese Mehrheit sich vor ein paar Phrasen ins Mauseloch verkriecht, ist Schwachsinn. Es ist ganz im Gegenteil zu konstatieren, dass der soziale Galopp, der eine Zeitlang angeschlagen wurde, zum reaktionären Galopp geworden ist. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir diese Wandlung mit als eine Wirkung der Streiks in Basel und Zürich betrachten, in denen die Arbeiter dem Bürgertum unterlegen sind und wobei ihre Stosskraft nicht unerheblich geschwächt wurde.

In gewissen Kreisen glaubte man vor sechs Monaten, die 48stundenwoche sei ein Pappenstiel, es verlorne sich kaum, sich darum anzustrengen (Demonstrationsversammlungen wurden gewisserseits abgelehnt); man müsse jetzt aufs Ganze gehen. Heute beginnt man dafür wieder ein anderes Augenmass zu gewinnen. Noch nie war es so bitter nötig wie jetzt, die Kräfte zu konzentrieren. Die Unternehmer selber versuchen, die taktischen und grundsätzlichen Fragen in ihrem Sinne zu lösen durch die Errichtung von freisinnigen Arbeitersekretariaten in St. Gallen und Luzern, bald auch anderwärts. Der Bund gibt den Christlichen eine 25,000fränkige Jahressubvention, um uns mit Erfolg das Terrain abzugraben. Mit diesen Mitteln wird man die Arbeiterbewegung allerdings nicht umbringen, aber man kann sie schwer, im gegebenen Moment vielleicht am verwundbarsten Punkt treffen. Wir aber ignorieren diese Dinge, wir ignorieren die Tatsache, dass noch viele tausend Arbeiter auch in Basel und in Zürich unsren Bestrebungen zum mindesten gleichgültig gegenüberstehen und diskutieren über die «Dik-

tatur des Proletariats» als unserm nächsten Ziel. So ganz vom irdischen Staub vermag sich aber auch ein Himmelstürmer trotz aller Zukunftsmusik nicht zu befreien. Da der Gewerkschaftsbund auf dem Boden der Tatsachen steht und für die phantastischen Pläne nicht zu haben ist, muss er diskreditiert werden. Würde man sagen, die Leitung des Gewerkschaftsbundes muss weg, sie ist gegen die Diktatur des Proletariats, so würde das bei den meisten Gewerkschaftern wenig Eindruck machen. Statt dessen schreibt einer in einem Artikel unter der Firma «Gewerkschaftskartell Zürich»: «Man muss es den Herrschaften (gemeint sind die Industriellen) lassen, sie verstehen die Zeit zu nützen und haben vor dem Gewerkschaftsbund zum mindesten das voraus, dass sie nicht die Gelegenheiten verpassen.» Welche Gelegenheiten verpasst worden sind, darüber schweigt des Sängers Höflichkeit. Meint der fixe Schreiber, Gelegenheiten zur Auslösung von Massenstreiks, oder Gelegenheiten zur Heimbringung von «Reformchen», durch die ja nach seiner Terminologie der Leidensweg der Arbeiter nur verlängert wird, diese von ihren «wahren» Interessen abgelenkt werden? Zwischen der radikalen Phraseologie und der radikalen Praxis klafft auf alle Fälle ein Widerspruch, der nicht wegzudisputieren ist. Gerade die Gegner jeder Reformarbeit werfen dem Gewerkschaftsbund vor, er entwickle keine Initiative. In den Fragen der Arbeitslosenfürsorge, der Arbeitsvermittlung, der Arbeitsgemeinschaft, der Betriebsräte, der Sozialisierung habe er versagt. Die meisten dieser Fragen sind nicht revolutionärer Natur, sondern Fragen der Sozialreform. Gegen die erhobenen Beschuldigungen brauchen wir uns kaum zu verteidigen. Dagegen sei konstatiert, dass jedesmal, wenn versucht wird, ein sozialpolitisches oder ein wirtschaftspolitisches Problem in die Diskussion zu werfen, unsere «radikalen» Freunde mit Spott und Hohn über den «Armenpflegersozialismus» herfallen und jede praktische Arbeit verunmöglichen. Wie weit man kommt mit dieser Taktik, dafür ist das Schicksal des Zürcher 48stundengesetzes bezeichnend. Wo man aber nichts dagegen tun, ihn nicht hintertreiben kann, lässt man sich den «Armenpflegersozialismus» schimpfend gefallen.

Eine gründliche Diskussion der oben angedeuteten Frage läge gewiss im Interesse der ganzen Bewegung; sie ist aber heute unmöglich. Es werden solche Diskussionen mit inhaltlosen Phrasen totgeschlagen.

Als daher die Vorstände der Unionen in Basel und Zürich zu Sonderkonferenzen einluden, durfte man nach den Leistungen der letzten Monate wohl an der Selbstlosigkeit der Motive zweifeln. Alle die dringlichen Fragen, deren Behandlung der Gewerkschaftsbund angeblich versäumt hat, waren Vorwände, hinter die man sich zur Bemängelung des wahren Zweckes versteckte. Auf der Konferenz wurde «wegen Zeitmangels» keine einzige dieser angeblich dringlichsten Fragen behandelt. Dagegen hatte man um so mehr Zeit für das Lieblingsthema «Gewerkschaftsbund und Arbeiterunionen».

Zwei Dinge sind es vor allem, von denen die Basler und Zürcher sagen, «sie gefallen uns nicht!»: das ausschlaggebende Stimmenverhältnis der Zentralverbände im Gewerkschaftsausschuss und die Abweisung der Putschtaktik einiger Unionen.

Es ist uns nicht möglich, das ganze hier aufgeworfene Problem eingehend zu behandeln; immerhin sei darauf hingewiesen, dass sich schon frühere Konferenzen mit dem Mitspracherecht der Unionen befasst haben. An einer solchen der Arbeitersekretäre vom 26. Dezember 1916 stellte Schneider-Basel unter anderm den Antrag: «Die Arbeitersekretariate sind regelmässig zu den Sitzungen des Gewerkschaftsausschusses einzuladen.

laden, an dessen Verhandlungen je ein Vertreter mit beratender Stimme teilnehmen kann.» Der Gewerkschaftskongress nahm nicht nur diesen Antrag an, er gab den Sekretären darüber hinaus Stimmrecht. Trotzdem lässt sich heute darüber diskutieren, in welcher Weise den Unionen noch weiter entgegengekommen werden kann.

Etwas anderes ist es bezüglich der Gesamtstellung der Unionen zu den Verbänden. Die Konferenz vom 7. Dezember nahm eine Resolution folgenden Wortlauts an:

«In der Erkenntnis, dass eine einheitliche Organisation der gesamten schweizerischen Arbeiterschaft allein imstande ist, die Arbeiterbewegung über das Stadium der rein gewerkschaftlichen Lohnkämpfe hinaus zum direkten Kampf um das sozialistische Endziel zu führen, erklären sich die am 7. Dezember in Olten vertretenen Unionen mit der Bildung einer Föderation der schweizerischen Arbeiterunionen einverstanden. Die Konferenz fordert vom nächsten schweiz. Gewerkschaftskongress eine angemessene Vertretung der Arbeiterunionen im Gewerkschaftsausschuss; sie hält ferner eine Neuordnung der Kompetenzen zwischen Unionen und Zentralverbänden für dringend notwendig.

Zugleich soll, nachdem die auf dem II. Arbeiterkongress in Bern geschaffene Verbindung von Partei und Gewerkschaftsbund mit dem zentralen und dem erweiterten Aktionskomitee an der Spitze, sich als aktionsunfähig erwiesen hat, an die zentralen Instanzen der Partei und des Gewerkschaftsbundes herangetreten werden, um an einem demnächst stattfindenden Arbeiterkongress eine einheitliche, schlagkräftige Organisation der schweizerischen Arbeiterschaft auf der Grundlage der lokalen Unionen zu schaffen; an diesem Kongress sollen ebenfalls die Grundlinien für den Kampf um die aus der gegenwärtigen Situation sich ergebenden neuen Forderungen der Arbeiterbewegung (Sozialisierung, Arbeiter- oder Betriebsräte etc.) festgelegt werden.

Die Konferenz setzt zur Leitung der Geschäfte eine provisorische Kommission von neun Mitgliedern mit Basel als Vorort ein.

Zum Schluss nehmen die an dieser Konferenz vertretenen Unionen auch für die Zukunft das Recht für sich in Anspruch, ähnliche Konferenzen wieder einzuberufen.»

Diese Resolution ist ein Monstrum an Widersprüchen. Man will die Zentralverbände gnädigst bestehen lassen, will aber eine Föderation der Unionen errichten zur Führung des direkten Kampfes um das Endziel. Den Verbänden bliebe so die Rolle des Roten Kreuzes, sie hätten nach geschlagener Schlacht die Toten zu bergen und die Verwundeten zu heilen. Weiter verlangt man trotz der Konstatierung, dass die jetzige Organisationsform nichts mehr tauge, eine Vertretung im Gewerkschaftsausschuss und im Gewerkschaftskongress. Damit wäre die Möglichkeit gegeben, Leuten, die vielleicht politisch, aber nicht gewerkschaftlich organisiert sind, ein Mitspracherecht in gewerkschaftlichen Angelegenheiten zu sichern. Die nächste Forderung: Neuordnung der Kompetenzen der Unionen und Verbände würde dann wohl keine grossen Schwierigkeiten mehr bieten. Sofern alles klappt, ist die Auslöschung des Gewerkschaftsbundes von innen heraus nur noch eine Frage der Zeit. Man mutet dem Gewerkschaftsbund aber auch noch zu, Selbstmord zu verüben, indem er seine Zustimmung zur Einberufung eines Arbeiterkongresses geben soll, der dann in gloria eine schlagkräftige Organisation auf der Grundlage der Unionen aus der Taufe hebt.

Nach allem, was man bisher sah und hörte, wäre

die Hauptaufgabe dieser Föderation, jeden Tag eine neue Kampftaktik zu probieren unter der Devise: «Alles oder nichts!» Die Folgen eines solchen Verfahrens können keine andern sein, als der Zusammenbruch der Bewegung und der Triumph der Reaktion.

Noch niemals haben wir einen verschwommeneren und oberflächlicheren Phrasenbrei zu Gesicht bekommen als die Resolution vom 7. Dezember. Wir haben aber das Vertrauen, dass die Gewerkschafter nicht auf diesen Boden folgen und ihre Interessen einer Desperadopolitik opfern werden.



Betriebsverfassung.

b. Nach und neben der politischen die wirtschaftliche Demokratie, das wird und muss die nächste Zukunftsaufgabe des gewerkschaftlichen Kampfes sein. Die Arbeiterschaft hat ja schon bisher kraft ihrer Organisationen einen gewissen Einfluss auf den Gang des Betriebes ausgeübt, sich durch die Institution ihrer Vertrauensleute eine ihre Interessen schützende Vertretung erkämpft. Freilich waren sie in den meisten Fällen nicht anerkannt, sondern nur geduldet; der Unternehmer litt sie, weil er nicht anders konnte. Das bedingte, dass nur jene Betriebe, die über eine starke Organisation verfügten, auch einflussreiche Vertrauensleute besassen, während dies in den weniger kräftig organisierten nicht der Fall war. Dadurch entstand auch hier jene Wechselwirkung, wie wir sie auf dem Gebiet der Lohnkämpfe kennen: die Betriebe mit ungünstigeren Bedingungen hinderten die vorgeschriftenen, in ihren Errungenschaften noch weiter zu gehen, ein noch weitergehendes Mitspracherecht im Betrieb zu erringen. Deshalb ist es leicht verständlich, dass die Arbeiterschaft in den durch den Kriegsausgang revolutionierten Ländern ein grosses Interesse daran hatte, die Institution der Vertrauensleute gesetzlich sanktionieren zu lassen, wobei ihnen durch die neugeschaffenen Betriebsräte selbstverständlich noch grössere Kompetenzen zugewiesen wurden.

Auch in der tschechoslowakischen Republik ist die Arbeiterschaft diesen Tendenzen gefolgt und verlangt dringend die Schaffung eines Betriebsrätegesetzes. Es befindet sich bereits in Bearbeitung durch das Ministerium für soziale Fürsorge; ein Teilstück daraus ist auch schon im Gesetz über die Revier- und Bergräte verwirklicht. Allein vorgängig der gesetzlichen Regelung hat die Arbeiterschaft in gegenseitiger Vereinbarung mit den Unternehmern das Vertrauensmänner-System auf eine viel festere Grundlage gestellt, als dies je vor und namentlich während des Krieges der Fall war. In einer Geschäftsordnung der Fabrikausschüsse, die für alle Mitglieder des Verbandes tschechischer Maschinenindustrieller, der etwa 65 der grössten Firmen mit zirka 40.000 Arbeitern umfasst, gültig ist, wird der Zweck dieser Ausschüsse folgendermassen umschrieben:

Dem Ausschuss liegt es ob, zwischen der Arbeiterschaft und der Betriebsverwaltung zu vermitteln und die Beschwerden und Wünsche der Arbeiterschaft in folgenden Angelegenheiten entgegenzunehmen: a) Zeit- und Akkordlöhne; b) Verteilung der Arbeitszeit, Ueberzeitarbeit und Festsetzung der Pausen; c) Regelung des Lehrlingswesens; d) hygienische Massnahmen; e) Schutzvorrichtungen; f) das Verhalten der Vorgesetzten und die Verteilung der Arbeit; g) Wohlfahrtsinstitutionen. Der Fabrikausschuss besitzt weiter das Recht der Kontrolle, ob die neueintretenden Arbeiter gewerkschaftlich organisiert sind. Die Entlassung von